

Knappes Ja für 38-Stunden-Woche

Eine kürzere Arbeitszeit solle die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber verbessern, argumentieren die Linken.

Andreas Möckli

Die Fronten waren rasch bezogen: Die Bürgerlichen lehnten die Motion für eine 38-Stunden-Woche für die Angestellten des Kantons Basel-Stadt ab. Von einer klassischen Giesskannen-vorlage war die Rede, der Staat würde den Kampf um Fachkräfte so nur noch mehr anheizen, KMU seien klar im Nachteil. Die Ratslinke stellte dagegen das wachsende Bedürfnis der Arbeitnehmenden nach mehr Freizeit und Ausgleich ins Zentrum. Nicht nur für Schichtberufe sei eine tiefere Arbeitszeit willkommen, auch andere Berufsgruppen forderten dies.

Es ist bereits die zweite Debatte zum Thema innerhalb eines Monats. Kurz vor Weihnachten hat der Grosse Rat einen Anzug überwiesen, um die Arbeitszeit gewisser Kantonsangestellter wie etwa Polizistinnen und Polizisten auf 40 Stunden zu reduzieren.

SVP-Grossrat Lorenz Amiet kritisierte, die Motion setze bei allen Angestellten des Kantons an. Das sei jedoch unnötig. «Die Motionäre insinuierten, der Kanton sei sein schlechter Arbeitgeber, das ist jedoch Mumpitz.» Die betriebsübliche Arbeitszeit in Basel-Stadt betrage pro Woche durchschnittlich 41,5 Stunden. Der Unterschied zum Kanton mit 42 Stunden sei marginal.

Sowohl die Privatwirtschaft als auch der Staat kämpften um

Fachkräfte, sagte Amiet. Dieser Wettbewerb dürfe mit einer Verkürzung der Arbeitszeit beim Kanton nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden. Die Privatwirtschaft könne unmöglich mit einer 38-Stunden-Woche mithalten.

Die geringere Arbeitszeit werde dazu führen, dass die bestehenden Kantonsangestellten mehr Überstunden anhäuferten, da die Arbeit ja trotzdem gemacht werden müsse, sagte FDP-Grossrat Luca Urgese. Vielmehr müssten die Arbeitsbedingungen auf andere Weise verbessert werden. Er nannte etwa Homeoffice, weniger Bürokratie und flachere Hierarchien als Möglichkeiten.

Kantonsangestellte im Schichtdienst besser stellen

Keine Freude an der Motion hat auch LDP-Grossrat Michael Hug. Die tiefere Arbeitszeit führe zu einem höheren Personalbedarf, womit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Kasse gebeten würden. Hug nutzte die Gelegenheit, um für seine eigene Motion zu werben. Zusammen mit GLP-Grossrat Tobias Christ fordert er, die Bedingungen für Kantonsangestellte im Schicht- und Wochenenddienst vor allem mit finanziellen Anreizen zu verbessern.

SP-Grossrat Beda Baumgartner entgegnete, dass eben nicht nur Schichtarbeitende vom Fachkräftemangel betroffen seien, sondern verschiedenste Be-

rufsgruppen. In vielen Branchen, die unter einen Gesamtarbeitsvertrag fallen, sei die Arbeitszeit tiefer als 42 Stunden. Heidi Mück vom Grün-Alternativen Bündnis argumentierte derweil mit positiven gesellschaftlichen und gesundheitlichen Auswirkungen.

Privatwirtschaft hat vorwärtsgemacht

Die Anstellungsbedingungen des Kantons stagnierten schon länger, sagte SP-Grossrätin Toya Krummenacher. Die Privatwirtschaft habe dagegen in den vergangenen Jahren vorwärtsgemacht. «Die Attraktivität des Kantons ist gut, aber nicht mehr so gut, wie sie meinen», sagte sie an die Adresse der Bürgerlichen.

SP-Regierungsrätin Tanja Soland zeigte sich erfreut, «dass sie so interessiert sind, dass wir ein guter Arbeitgeber sind». Das Gegeneinander von Staat und Privatwirtschaft in der Debatte habe sie gestört. Es sei wichtig für den Standort, dass es verschiedene attraktive Arbeitgeber im Kanton gebe. Die Motion gehe jedoch zu weit und habe grosse Kostenfolgen. Eine konkrete Zahl wollte sie jedoch nicht nennen, da die Regierung dies erst grob berechnet habe.

Soland und die Bürgerlichen drangen mit ihren Argumenten nicht durch. Der Grosse Rat überwies die Motion knapp, 48 Ja-Stimmen standen 46 Nein-Stimmen gegenüber.



Basel-Stadt hat Mühe, genügend Polizistinnen und Polizisten zu finden.